



An den Grossen Rat

18.5370.04

BVD/P185370

Basel, 8. Januar 2025

Regierungsratsbeschluss vom 7. Januar 2025

Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 15. März 2023 den nachstehenden Anzug Raphael Fuhrer dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Wie an anderen Orten auf der Welt liegen auch in unserer Agglomeration für viele Leute der Wohn- und Arbeitsort auseinander. Die Konsequenz ist wachsender Pendlerverkehr. In der Pflicht ist hier eine aktive Raum- und Siedlungsentwicklung, die es einerseits mehr Menschen ermöglicht, in der Nähe ihrer Arbeit zu wohnen, und andererseits die Siedlungsentwicklung auf die Achsen des öffentlichen Verkehrs ausrichtet.

Begleitend ist auch die Förderung von Fahrgemeinschaften im Pendlerverkehr sinnvoll (car-pooling). Denn heute sitzen im Pendlerverkehr im Schnitt 1,1 Personen im Auto. Das heisst, dass in neun von zehn Autos nur eine einzige Person sitzt. Eine Erhöhung dieses sogenannten Besetzungsgrades ist sinnvoll. Das bringt eine Entlastung im Strassenverkehr zu volkswirtschaftlich günstigeren Konditionen als der Strassenausbau. Dieser Ansatz ist zudem Teil des Detailkonzeptes EnergieSchweiz, dem Umsetzungskonzept der Schweizer Energiestrategie.

Es hat in der Vergangenheit verschiedene Initiativen in diese Richtung gegeben, zum Beispiel die Promotion von Mitfahr-Börsen. Doch bis jetzt war der Anreiz ganz offensichtlich zu gering, denn der Besetzungsgrad ist in den letzten Jahren gesunken statt gestiegen. Diesen Herbst hat der Kanton Genf zum ersten Mal in Europa den Anreiz für Fahrgemeinschaften mit einer Infrastrukturmassnahme gesetzt: Auf einer begrenzten Länge wird eine Fahrspur während der Stosszeiten ausschliesslich für Autos mit Besetzungsgrad ab zwei Personen umgewidmet. Ähnliche Systeme sind in Nordamerika seit vielen Jahren erfolgreich eingerichtet. Da es sich in Genf um eine Stelle handelt, an dem der Verkehr ohnehin stockt (Grenzübergang), kommt der Versuch kostengünstig mit der bestehenden Infrastruktur aus und trotzdem können Fahrgemeinschaften priorisiert ohne Zeitverlust zufahren. Die Aussicht, auf der Pendlerfahrt Zeit einzusparen, ist ein grosser Anreiz mit Nachbarn, Arbeitskolleginnen usw. Fahrgemeinschaften zu bilden. Dieses Potenzial liegt in unserer Agglomeration brach, doch auch hier gibt es natürlich vorhandene Stellen wie Autobahnabfahrten, Zufahrten zu Kreuzungen, Einfallachsen usw., wo die Anzahl an Spuren ausreicht, um eine zur Priorisierung von Fahrgemeinschaften umzuwidmen. Das Bundesamt für Strassen ist laut einem Zeitungsbericht vom 10. Oktober 2018 bereit, ein Pilotprojekt in der Agglomeration Basel zu prüfen, wenn das Bedürfnis aus der Region komme.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wird im Landrat in Baselland eingereicht.

Der Regierungsrat wird eingeladen, zu prüfen und berichten:

1. Wo im Rahmen eines regional koordinierten Verkehrsmanagements solche Spuren umgewidmet werden können.
2. Wie in Zusammenarbeit mit dem Bund ein solches System in der Agglomeration Basel umgesetzt werden kann.
3. Ob der Pendlerfonds, der den umweltfreundlichen Pendlerverkehr fördern soll, einen Beitrag leisten kann.

Raphael Fuhrer, Barbara Wegmann, Lisa Mathys, Beat Braun, Beat K. Schaller, Jörg Vitelli, Heinrich Ueberwasser, Danielle Kaufmann, Alexander Gröflin, Tim Cuénod, David Wüest-Rudin, Aeneas Wanner»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

In der ersten Beantwortung des Anzugs von Januar 2021 hat der Regierungsrat aufgezeigt, dass sogar auf Strassenabschnitten des kantonalen Strassennetzes mit zwei Fahrspuren in eine Richtung wie Brüglingerstrasse oder Nauenstrasse/Grosspeterstrasse das Potenzial für Fahrgemeinschaftsspuren gering ist und deshalb darauf verzichtet wird. Ebenfalls hat der Regierungsrat festgestellt, dass der Landrat im Kanton Basel-Landschaft das Geschäft nicht überwiesen hat und somit kantonsübergreifende Fahrgemeinschaftsspuren auf dem Hauptstrassennetz nicht in Frage kommen.

In der zweiten Beantwortung des Anzugs von Januar 2023 wies der Regierungsrat darauf hin, dass er in einer Vorstudie zur Spurführung von Bus und Velo auf dem Cityring zwischen dem Heuwaa-geviadukt und dem Riehenring in beide Richtungen auch die Zulassung von Fahrgemeinschaften auf Busspuren überprüft. Ebenfalls berichtete der Regierungsrat, dass das ASTRA Versuche mit Fahrgemeinschaftsspuren plane, einer davon bei der Autobahneinfahrt Basel City zusammen mit einer Dosierstelle.

Seit 01. Januar 2023 ist das neue Signal 5.43 Fahrgemeinschaften der Schweizerischen Signalisationsverordnung (SSV) in Kraft. Die entsprechend signalisierten Fahrbahnen oder Fahrstreifen dürfen nur mit einem Auto befahren werden, in dem mehrere Personen sitzen. Respektive auf den entsprechend gekennzeichneten Parkplatzfeldern dürfen nur Autos parkieren, in denen mehrere Personen sassen.

2. Aktueller Stand der Arbeiten

Das Bau- und Verkehrsdepartement hat im Rahmen einer Vorstudie zur Spurführung von Bus und Velo entlang des Cityrings vertieft überprüft, wie zweckmässig die Zulassung von Fahrgemeinschaften auf den Busspuren wäre. Die Untersuchung ergab, dass der Fahrzeitgewinn für höher besetzte Fahrzeuge minimal wäre. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass zu wenig Personen dazu motiviert werden könnten, neu eine Fahrgemeinschaft zu bilden. Gleichzeitig würde eine Zulassung von höher besetzten Fahrzeugen auf Busspuren zu einer unerwünschten Fahrzeitverlängerung der Busse führen und zudem die Verkehrssicherheit der Velofahrenden beeinträchtigen. Darum verzichtet der Regierungsrat auf die Zulassung von Fahrgemeinschaften auf den bereits bestehenden und zusätzlich vorgesehenen Bus-/Velospur-Abschnitten entlang des Cityrings.

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat noch nicht entschieden, ob die im letzten Zwischenbericht beschriebene Dosierung bei der Einfahrt Basel City zusammen mit einer Fahrgemeinschaftsspur umgesetzt werden soll. Das Bau- und Verkehrsdepartement steht hierzu im Austausch mit dem ASTRA.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend «Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel» stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin